

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Behauptungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Bezugspreis: Monat April 4000 M. ohne Ja-  
fragen. Einzelne Nummer 170 M., Sonntag  
200 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde  
Nr. 3. — Gemeindepfand-Ostkonto Nr. 3.  
Postfachkonto Dresden 12548.

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zei-  
le 180 M., außerhalb der Amtshauptmann-  
schaft 240 M., im amtlichen Teile (nur von  
Behörden) Zeile 400 M. — Eingeladene  
Reklamen Zeile 500 M.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 91

Freitag den 20. April 1923

89. Jahrgang

## Mehl und Brot.

Um den allgemeinen Preisabbau zu unterstützen, werden im Zusammenwirken des Kommunalverbandes mit den Mältern und den Bäckern die Mehl- und Brotpreise vom 23. d. Monats ab herabgesetzt:

1. der Mehlpreis bei  
a) Roggenmehl 85 % auf 31 000 M.  
b) Weizenmehl 85 % auf 32 780 M.  
für 100 kg ab Mühle, netto Klasse ohne Sack,  
2. der Kleinhandelspreis bei  
a) Roggenmehl 85 % auf 185 M.  
b) Weizenmehl 85 % auf 195 M.  
für 1 Pfund,  
3. der Brotpreis  
auf 190 M. für ein Pfund und  
auf 720 M. für ein Brot von 1900 g  
(bisher 750 M.),  
4. der Preis für Weizengebäck  
90 g (Semmel) auf 45 M.

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Die Backausbeute für 100 kg Roggenmehl wird mit Wirkung vom 2. d. Monats ab von 136 auf 135 kg Brot herabgesetzt. Bei der Brotmarkenablieferung werden nunmehr gerechnet

1000 g Brotmarken = 740 g Roggenmehl  
1900 g Brotmarken = 1406 g Roggenmehl  
Das Umrechnungsverhältnis für Weizenmehl bleibt unverändert.  
Dippoldiswalde, am 18. 4. 1923.  
Der Kommunalverband.

## Verlässliches u. d. Sächsisches

Dippoldiswalde, 19. April. Weil die städtischen Anlagen (Steuern) eine Höhe erreicht hatten, die die Erschließung neuer Einnahmequellen nötig erscheinen ließ, erforderten die Stadtverordneten heute vor 25 Jahren den Stadtrat u. a. um Einführung der Biersteuer.

Reichstagsabgeordneter Stollmann-Klein, der, als im besetzten Gebiet wohnend, die dortigen Verhältnisse und die des Ruhrgebietes aus eigener Ueberzeugung bestens kennt und der sich gegenwärtig wegen der Reichstagswahlen in Berlin aufhält, wird am Sonntag im Schützenhaus in öffentlicher Versammlung der W.P.D. über die politische Lage im Reich und über die Ruhrbesetzung sprechen. (E. Inzerat.)

Nach einer Mitteilung des Landeskohlenamtes ist mit einer weiteren Kohlenpreiserhöhung in nächster Zeit kaum zu rechnen. Es empfiehlt sich deshalb dringend, die jetzige günstige Kohlenlage auszunützen und sich, wenn möglich, schon für den Winterbedarf einzudecken, da die Lage in einigen Wochen eine ganz andere sein kann. Die hiesige Ortskohlenstelle hat die jetzt noch gültigen Kohlenbezugscheine schon vor einiger Zeit freigegeben, d. h. es können auf diese Scheine bis zu ihrer Einziehung weiterhin Kohlen bezogen werden, wenn auch die auf ihnen angegebene Menge bereits abgenommen worden ist. Die Verteilung der neuen Scheine findet voraussichtlich erst Anfang Mai statt. Die ausstehenden Fragen sind, wie uns mitgeteilt wird, von den Hausbesitzern leider noch nicht alle zurückgegeben worden, sodass dadurch die Vorarbeiten wesentlich aufgehalten werden.

Am kommenden Mittwoch wird die Gesellschaft „Erholung“, wie bereits bekannt gegeben worden ist, die Operette „Reihner Mädel — Reihner Wein“ aufführen. Der Eintrittskarten-Vorverkauf hat gezeigt, daß auch diesmal wieder für die Veranstaltung reges Interesse vorhanden ist. Die nummerierten Plätze sind nahezu ausverkauft, doch sind nichtnumerierte Karten noch vorhanden, und auch von diesen Plätzen aus kann jeder die Vorgänge auf der Bühne gut übersehen.

Der von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin für den Monat April freigegebene Mundzucker wird mit je 1 Pfund auf die Abnehmer L und M der Zuckerkarte ausgeben. Der Fabrik-Grundpreis für den Aprilzucker ist der gleiche wie für den März-zucker. Es werden sich deshalb auch die Kleinverkaufspreise auf der bisherigen Höhe halten.

Stier-Lichtspiele. Am Freitag beginnt der erste Teil des dreiteiligen Auslands-Sensations-Großfilms „Das Geheimnis der Quillatime“, welcher den Titel „Galaor, der Held aus dem Volke“ trägt. Die streng logisch aufgebauete Handlung, welche dem Geschmack des Publikums Rechnung trägt, bringt neben Szenen höchsten Empfindens stärkste Sensationen, die bei den bisherigen Aufführungen des Filmes wiederholt lebhaften Beifall hervorriefen. Galaor, der Held und Sieger aus dem Volke, der auch der Held des Filmes ist, wird sich auch hier im Fluge die Gunst der Zuschauer erwerben. Wer den ersten Teil gesehen, wird mit Spannung und Interesse den weiteren Teilen folgen.

Wegen Nichtbefolgung der Ministerialverordnung über das Anbringen von Preisrückstellungen an den Waren in den Schaufenstern erhielt der Produzent-Geschäftsinhaber Schreiber in Dresden Strafbefehl über 2400 M. Auf dessen Einspruch verordnete das Schöffengericht und erhöhte die Strafe auf 10 000 M. oder für je 150 M. einen Tag Gefängnis.

Der Hauptverein für Bienenzüchter gibt dieses Jahr Bienenzucht-Beiblätter nur an solche Vereine, welche dieselbe schon von sich aus gefördert haben. Infolge der politischen Lage fällt die Reihner Ausstellung aus, die nächstjährige findet aber selbstig statt. Da die Gemeinnützigkeit der Bienenzüchtervereine

anerkannt wurde, so kommen Körperschafts- und Umsatzsteuer in Fortfall. Standschauen werden wieder eingeführt, Vorträge aber nur noch in Gruppenversammlungen gehalten. Die Zuckerfrage darf in den Vereinen nicht überwiegen, Ziel ist vielmehr die Herausgabe einer bewährten Landrasse, wozu der Hauptverein durch Errichtung einer dritten Zuchtstation in Maßlis bei Oschatz beitragen will. Wegen Ueberlastung ist der Hauptvereins-Geschäftsführer Thiel zurückgetreten. 300 000 M. an freiwilligen Spenden gingen bisher für die Reichswissenschaftliche Forschungsstelle für Dienenzucht ein. Der Rückgang der Dienenzucht beträgt 205 000 Vögel oder 18 1/2 %; um ihm Einhalt zu tun, sind von der Reichszuckerstelle 15 Millionen Pfund Zucker freigegeben worden.

Die von der Sächsischen Bank mit dem Datum vom 12. September 1922 ausgegebenen (gelben) Banknoten zu 500 und 1000 M., die überhaupt nicht unter den Begriff des jetzt einzuziehenden „Notgeldes“ fallen, sind, wie erneut betont sei, nach wie vor uneingeschränkt umlaufsfähig. Von dem auf diesen Notizen ersichtlichen Vorbehalt eines Aufzuges zur Rückzahlung vom 1. April 1923 (wie er sich ähnlich auch auf der Mehrzahl der in letzter Zeit verausgabten Reichsbanknoten findet), ist bisher kein Gebrauch gemacht worden. Dagegen sind die unter dem 15. September 1922 ausgegebenen (grünen) Notgeldscheine der Sächsischen Staatsbank über 500 M. seit dem 5. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig. Sie werden bis zum 19. April 1923 nicht mehr umlaufsfähig.

In vielen Fällen können Erwerbslose eine Arbeitsgelegenheit nicht ausnützen, weil sie nicht über die erforderliche Ausrüstung, insbesondere nicht über die Arbeitskleidung, verfügen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, hat sich der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister durch Erlass vom 27. März d. J. damit einverstanden erklärt, daß Erwerbslosen aus Mitteln der Fürsorge die erforderliche Arbeitsausrüstung vorgestellt wird, soweit sie ihnen nicht zur Verfügung steht, aber ablicherweise von ihnen beigebracht werden möchte. Es ist in die Wahl der Gemeinden gestellt, ob sie im einzelnen Falle dem Arbeitslosen die erforderlichen Gegenstände selbst oder das zu ihrer Anschaffung notwendige Geld darlehensweise vorstrecken wollen. In Fällen besonderen Bedarfs kann die Gemeinde bis zum zwölffachen Betrage des täglichen Unterhaltungsgeldes auf die Rückzahlung verzichten. Zuständig zur Zubilligung sind die Träger der Erwerbslosenfürsorge, die die Erwerbslosen bisher unterstützt haben.

Die Dresdner Handelskammer hatte die erhöhte Ausgabe von 20 000- und 30 000-Mark-Scheinen beantragt und jetzt von der Reichsbank den Befehl erhalten, daß diese wieder in der Lage sei, allen an sie herantretenden Anforderungen nach Geldmitteln gerecht zu werden. Die Ausgabe von 20 000- und 30 000-Mark-Scheinen sei beträchtlich gesteigert worden. Ferner werde die Ausgabe von Noten von 30 000 M. vorbereitet und außerdem beabsichtigt die Reichsbank, die bekannten 100 000-Mark-Noten verständig herauszugeben. Unter Umständen sollen auch Noten im Werte von 1/2 Million Mark gedruckt werden.

Der Konsumverein Vorwärts Dresden erzielte in den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres einen Gesamtumsatz von 11 Milliarden Mark. Die Gesamtsumme der eingezahlten Geschäftsanteile beträgt 310 Millionen Mark. In Sporeneinlagen waren 207 Millionen Mark vorhanden.

Glaschwitz. Vor der Prüfungskommission für das Uhrmacher-gewerbe der Gewerkekammer Dresden legten am letzten Donnerstag die Herren Karl Richter und Otto Rüdiger als Tafeluhren-gebaufemacher und Herr Rudolf Eger als Uhrmacher die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Hermsdorf (Ergeb.). Nächsten Sonntag nachmittags 2 Uhr veranstalten die beiden Jugendgruppen „Freunde“ aus Frauenstein und „Freunde und Treue“ aus Hermsdorf bei gutem Wetter auf grüner Waldwiese des hiesigen Jollbauers eine öffentliche Frühlingsfeier bei der gemeinsame Gesänge, Dichtungen, Ansprachen, Reigen und Volksspiele miteinander abwechseln werden. Das Hauptstück der Feier, ein schönes Waldspiel „Der Weistühnig“ wird von den Frauensteinern ausgeführt. Vor Schluß der ganzen Veranstaltung wird nachmittags 5 Uhr am Walde eine von den Hermsdorfern übernommene kurze Abendfeier gehalten. Jung und alt, besonders alle Freunde und Gönner der Jugend von hier und den umliegenden Dörfern sind herzlich dazu eingeladen.

Dresden. Der Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtages behandelte am Mittwoch u. a. die Frage der staatlichen Leistungen an die evangelische Landeskirche. Hierzu lagen mehrere Petitionen des Landeskonfessionsrats, des Pfarrervereins und der Kirchenbeamten vor. Zur Verhandlung stand gleichzeitig das von der juristischen Fakultät der Universität Leipzig auf Eruchen des Landtages erstattete Gutachten über die für die sächsische Regierung stichtige Frage betreffend Staatsleistungen an die Kirche. Die Berichterstatterin Abg. Fräulein Hertwig (D. V.) gab einen Ueberblick über den Inhalt des sehr umfangreichen und gründlichen Gutachtens, das zu dem Schluß kommt, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Verpflichtung des Staates zur Gewährung der bisherigen Leistungen an die Kirche den veränderten Geldverhältnissen anzupassen, d. h. daß die Sätze entsprechend zu erhöhen sind. Bekanntlich stellt sich die sächsische Regierung auf den von den bürgerlichen Parteien behaupteten Standpunkt, daß „bisherige Leistungen“ in der Reichsverfassung so auszuliegen seien, daß nur diejenigen Beträge, die bei Inkrafttreten der Reichsverfassung staatsseitig an die Kirche geleistet wurden, auch jetzt noch ohne Rücksicht auf die Geldentwertung einzustellen seien, und zwar nur in Form verzinslicher Darlehen. Das genannte Gutachten stellt fest, daß in Sachsen heute noch zwischen Staat und Kirche eine Interessengemeinschaft besteht, die den Staat zur Erfüllung von Leistungspflichten unter Berücksichtigung des verschobenen Geldwertes zwingt. Auch über die für die Einhebung von Kirchensteuern in Sachsen geschaffene neue Besetzung äußert sich das Gutachten. Es kann hierin keinen Grund finden, den Staat von seiner Pflicht der Kirche gegenüber zu entbinden. In der Ansprache wurde hervorgehoben, daß die Linksparteien im sächsischen Reichstagswahlgesetz das Steuerrecht der Kirche ganz wesentlich beschnitten haben. Umso mehr wachse der Posten an, den der Staat von sich aus zu leisten habe. Die Regierung wiederholte ihren feierlich im Landtag durch den Kultusminister geäußerten ablehnenden Standpunkt, der von der bürgerlichen Seite bekämpft

wird. Die Pensionierung von Geistlichen ist in Sachsen von Alters her gesetzlich begründet und das juristische Gutachten befestigt in diesem Punkte jeden Zweifel über die Staatspflichten. Die Regierung erklärte, in diesem Falle die gleiche Auffassung zu haben, wie das Gutachten, und demnach einen Gesetzentwurf vorlegen zu wollen. Die Berichterstatterin stellte folgende drei Anträge: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. die im Kap. 93 Lit. 9 des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 eingesehene Summe entsprechend dem gegenwärtigen Besoldungsbedarfe der evangelisch-lutherischen Landeskirche zu erhöhen und als feste Staatsleistungen einzustellen; 2. die nach dem Reichstagsbeschlusse vom 14. Dezember 1922 vom Reiche bereitgestellten Vor-schüsse unverzüglich anzufordern; 3. die Pensionsverhältnisse der Geistlichen und deren Hinterbliebenen gemäß der im Gutachten der juristischen Fakultät Leipzig vertretenen Rechtsauffassung un-gesamtlich zu regeln und die entsprechenden Mittel als feste Staatsleistungen in den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1923 einzustellen. Die Abstimmung wurde ausgesetzt, um dem Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. — Der Rechtsausschuß beriet den demokratischen Antrag auf Abschaffung der standesherrlichen Fischereigerechtigkeiten in der Oberlausitz. Auf Antrag Bünge wurde die Beratung bis zur geschilderten Re-gelung der Frage der Unterhaltungsvereinfachungen ausgesetzt. Der demokratische Antrag betreffend Abänderung der Jagdrechte wurde teilweise durchberaten, eine Beschlußfassung erfolgte im Hinblick auf eine von der Regierung zu erwartenden Vorlage nicht. — Im Haushaltsausschuß B wurde die Eingabe der Stadt Hohnstein (Sächs. Schweiz) wegen Verlegung der Mühlbergstraße eingehend mit Regierungskommissaren verhandelt, nachdem in voriger Woche eine Besichtigung des Aufschlusses und der Lage überhaupt durch den Ausschuss erfolgt war. Ein Neubau würde mehrere 100 Millionen Mark erfordern, die zu bewilligen die Regierung, abgesehen von der Finanznot, umso weniger im-stande zu sein erklärte, als es sich um eine Kommunalstraße handelt. Die Entschließung über das weitere Schicksal der Eingabe wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Weitere Eingaben wegen der Kohlensteuer zugunsten der Straßenbahnen, wegen einer Kraftverkehrsanlage zwischen Scharfenberg und Meissen und wegen der Tarifpolitik der Eisenbahn wurden nach eingehenden Verhandlungen der Regierung zur Kenntnisnahme und teils als Material überwiesen.

Dem Landtage ist von der Regierung ein Gesetzentwurf über eine weitere Aenderung des allgemeinen Berggesetzes zu-gegangen.

Dresden. Die Arbeitsmarktlage in Sachsen zeigte in der Be-richtswoche in fast allen Berufsgruppen eine weitere Ver-schlechterung. Die Erwerbslosenzahl ist nach wie vor im Steigen begriffen, die Zahl der Kurzarbeiter hat sich weiterhin bedeutend erhöht. Offene Stellen werden nur in ganz geringem Maße gemeldet. Die Vermittlungstätigkeit war äußerst schwach. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach männlichen Arbeitern nach-gelassen.

Ein neues Betriebsamt der staatlichen Elektrizitätswerke. Das Umspannwerk Dresden-Süd in Niederschloß, das bisher vom Betriebsamt Pirna der staatlichen Elektrizitätswerke mit ver-waltet wurde, ist jetzt einem eigenen Betriebsamt unterstellt worden. Das Umspannwerk Dresden-Süd vermittelt die Strom-versorgung von Lauta und Hirschfelde nach Mittel- und West-sachsen und ist einer der wichtigsten Zentralsysteme für die Landes-stromversorgung. Die Leitung des neuen Betriebsamtes Dresden-Süd, das am 16. April eröffnet worden ist, wurde dem Ober-ingénieur Feistner von den staatlichen Elektrizitätswerken über-tragen.

Eine kleine Heldentat vollbrachte dieser Tage ein Schloßknecht in Dresden. Mit seinem Rade den Wilben-Mann-Berg hinabfahrend, bemerkte er einen jungen Mann, von dessen Rad die Kette abgerungen war und der sich nun ohne Bremse seinem Schicksal überlassen mußte. Der Lebrling brachte sein Rad mit großer Gelstgegenwart an die Seite des Rad-fahrers, sah ihn an der Schulter und brachte durch Anbremsen seines eigenen Rades sich und den jungen Mann zum Stehen, worauf er seine Fahrt fortsetzte.

Loßwitz. Die Schwebbahn fordert von Monat zu Monat steigende Zuschüsse. Jedem wird bald ein neues Seil gebraucht, das 25 Millionen Mark kostet. Trotzdem wird an eine Still-legung nicht gedacht.

Leipzig. Die öffentliche Ausschreibung der Erd- und Maurer-arbeiten für 20 Kleinwohnungen der Stadt Leipzig in Leipzig-Probstei hatte folgendes Ergebnis: Die Angebote schwanken zwischen 118 352 880 und 280 718 280 M. 28 Firmen haben sich gemeldet.

Elebia. Der Milchhändler Seifert vom Rittergut Kretzky hand längere Zeit schon im Verdacht, Milch gepanscht zu haben. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß er innerhalb der letzten drei Monate täglich der ihm anvertrauten Milch bis 10 Liter Wasser beigelegt hat. Er hatte die mehrgewonnene Milch in Niesla in einigen Wirtschaften in Schnaps und Bier umgefesht.

Deberan. Eine mißglückte Flucht unternahm zwei hiesige Handlungslehrlinge. Nachdem der eine vorher mittels Schecks, dessen Unterschrift er gefälscht hatte, 3 Millionen Mark aus der Otrokasse abgehoben, wanderten sie nach Flöha, um sich dort neu einzukleiden und von hier aus die Reise nach Wien anzutreten, um dort Arbeit zu suchen. Der dritte Reiseführer, ein 17-jähriger arbeitsloser Schloffer kehrte unterwegs um und meldete den Vor-fall sofort der durch die Scheckfälschung geschädigten Firma. Ein Inhaber derselben fuhr mit einem Gendarm im Auto sofort nach Flöha, wo sie die hoffnungslosen Burschen vor Einfahrt des Schnellzugs auf dem Bahnhof verhafteten.

Schlagwilde. Im Alter von 78 Jahren ist der frühere Bürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Josef Vogt gestorben. Vom einfachen Webergesellen führte sein Lebensweg bis zum Bürgermeister. Fast ein halbes Jahrhundert hat er in städtischen Diensten gestanden, 28 Jahre war er Bürgermeister. Am 1. Januar dieses Jahres trat er in den Ruhestand. Er war der dienst-älteste Bürgermeister Sachsens.

Widmann. Ein Schulknabe versuchte hier auf der Marien-thaler Weiche die Entgleisung eines beladenen Wagens der Straßen-bahn durch Einmischung eines Steines in die Räder. Der Unfall ging noch glimpflich und ohne Verletzungen ab.